Nichts macht Menschen geiler als der Satz: „Schatz, hast Du ein Formblatt dabei?“

Das dänische Parlament hat ein Gesetz beschlossen, wonach Geschlechtsverkehr ohne Einwilligung der Beteiligten als Vergewaltigung gilt. Die Idee stammt nicht aus Dänemark, denn Schweden hat eine solche Vorschrift bereits vor zwei Jahren erlassen. Gehen wir es mal praktisch durch. So ein Gesetz muss ja justiziabel und für einen Richter_*In überprüfbar sein.

Aussage gegen Aussage? Das reicht wohl nicht. Deshalb, und weil ich Deutscher bin und weiß, dass alles seine Ordnung haben muss, schlage ich ein Formular „Gegenseitige Einverständniserklärung zum Vollziehen des Geschlechtsverkehrs“ (GEVG) vor. Das Formblatt füllen beide – bei drei, vier oder mehr Teilnehmenden ist ein zusätzliches Blatt beigefügt – mit Namen, Vornamen, Anschrift, Mailadresse und Handynummer aus und fügen bitte Kopien des jeweiligen Personal- und Impfausweises bei! Sonst droht ein Bußgeld von bis zu 250 Euro.

Da sitzen also nun die Rotweintrinkenden bei Kerzenlicht beieinader und schauen sich tief in die Augen. Die Spannung ist mit Händen zu greifen, erste flüchtige Berührungen der Finger, so beiläufig und zugleich elektrisierend. Beide gehen raus, auf dem Parkplatz sagt eine(r) den magischen Satz: „Zu Dir oder zu mir?“ Und dann geht’s los – Mund-Nasen-Schutzmaske auf, kannst Du noch fahren oder hattest Du zuviel getrunken, wo ist das Formblatt?

„Hast Du ein Kondom dabei?“ Das ist sowas von retro. Heute findet sexuelle Lust nur noch genormt statt, klimaneutral, mit Stempel vom Ordnungsamt auf dem Oberschenkel, testierter Covid-Impfung und vorherigem Ausfüllen von Formblättern, die die Grundregeln des sexuellen Aufeinadertreffens (darf man das noch sagen?) festlegen. Und wo wir schon mal dabei sind, ist so eine kleine Erklärung auf dem Zettel, nicht rechts zu sein, auch noch drin.

Bevor die Beschimpferei wieder losgeht…nein, ich finde Vergewaltigungen nicht akzeptabel. Ich bin unbedingt für einvernehmlichen Geschlechtsverkehr beider (also nur zwei Teilnehmende, bin ja konservativ) Partner. Aber das staatliche Durchorganisieren aller Lebensbereiche ist nicht mehr hinnehmbart. Aber wissen Sie was: Wenn Herr Seibert das im Fernsehen freundlich erklärt, würden auch wir Deutschen diesen Schwachsinn mitmachen. Denn es gilt: Formulare ausfüllen? Nichts macht uns geiler als das…

Dieser Blog blickt weit über den politischen Tellerrand hinaus. Wir schauen überall hin, und schreiben darüber, was wirklich ist. Wenn Ihnen die Bandbreite unserer Themen gefällt, dann spenden Sie für diesen Blog. Bitte! Schließlich ist Weihnachtszeit. Bei PAYPAL hier oder auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse: DE18 1005 0000 6015 8528 18. Vielen Dank!

Wodarg, KenFM und Bahner: Sind die Corona-Einschränkungen ein Angriff auf unsere Bürgerrechte?

Nur wenige Kilometer entfernt von unserem Wohnort am Niederrhein befindet sich eine Produktionsstätte des global aktiven Pharmaziekonzerns Bayer, der der Welt wichtige Produkte wie etwa das Schmerzmittel Aspirin geschenkt hat. Nehmen wir also mal an, nur hypothetisch, weil es ja ganz sicher unmöglich ist, bei der Produktion eines neuen chemischen Wirkstoffess seien giftige Dämpfe für drei, vier Stunden freigesetzt worden, bis das jemand – es ist halt Ostern – bemerkt und Alarm geschlagen hat. Und bis die ganze Maschinerie ins Rollen gekommen ist, die Alarmketten aktiviert worden sind.

Liebe Rechtsanwälte der Bayern AG: Natürlich ist das nur eine Hypothese, wir sind sicher, dass so etwas nie passieren kann, bei Bayer schon mal gar nicht, und wenn, dann auf keinen Fall hier im schönen Nordrhein-Westfalen! Ok? Reicht das?

Und nehmen wir an, die Sicherheitsleute in Leverkusen erreichen jemanden in der Düsseldorfer Staatskanzlei – es ist ja Ostern – und dort kommt jemand auf den Gedanken, beim WDR in Köln anzurufen und darum zu bitten, über Radio und Fernsehen die Bevölkerung aufzurufen, Türen und Fenster geschlossen zu halten und bloß nicht rauszugehen. Ist das dann schon eine Einschränkung unserer Bürgerrechte? Ist unsere Freiheit bedroht, wenn der Staat unser Leben einschränkt, um größeren Schaden von uns abzuwenden?

Eine wirklich interessante Frage, die im Internet immer drängender diskutiert wird. Wenn die Rechtsanwältin Beate Bahner in Heidelberg nicht demonstrieren, also ihr Grundrecht wahrnehmen, darf und wenn Polizisten gewaltige Menschenansammlungen von – sagen wir – drei nicht verwandten Bürgern erst zerstreuen und dann mit Bußgeldern sanktionieren, ist das dann schon ein Angriff auf unsere im Grundgesetz verbrieften Rechte?

Wenn Covid-19 tatsächlich so gefährlich ist, wie nicht nur unsere Regierung behauptet, muss dann der Staat nicht auch energisch gegen die Weiterverbreitung des Virus‘ vorgehen? Muss er dann nicht Maßnahmen wie den derzeitigen Lockdown anordnen und mit seiner Macht durchsetzen? Und welchen Grund sollte es geben, dass auch so unterschiedliche Großmächte wie China, USA, Indien und der Staatenbund EU die Freiheitsrechte ihrer Bürger einschränken und die Wirtschaft ganz nah an die Wand fahren – jedenfalls für eine begrenzte Zeit? Was passiert hier gerade? Schaffung einer neuen Weltregierung, wie ich gestern auf Facebook von einem las? Ich bitte Sie! Wer sollte sich so einen Masterplan ausdenken und ihn realisieren? Frau Merkel? Herr Macron? UN-General Gutteres? So viel Phantasie habe ich nicht. Die Bilderberger? Schwachsinn! Soros? Schon eher, wenn sich damit Geld verdienen ließe…

Nie hatten Verschwörungstheorien derart Hochkonjunktur wie jetzt in Deutschland. Weil ein großer Anteil der Bürgerschaft den Regierenden nichts mehr traut, hält man erstmal alles für möglich. Und – das ist das totale Paradoxon – schart sich gleichzeitig aber um die politischen Anführer, die den Ton angeben. Die heißen im Moment Merkel, Seehofer, Spahn, Laschet und Söder. Und wissen Sie was? Die gehören alle zur Union, was folgerichtig zu einem Höhenflug in den Umfragen führt. Eine aktuelle Umfrage in Bayern hat ergeben, dass 93 Prozent (!) der Bevölkerung die Maßnahmen Söders für richtig halten. Würde heute gewählt, bekäme die CSU 49 Prozent und hätte eine absolute Mehrheit der Sitze im Landtag. Was es alles gibt…

Denken wir mal weiter, weil denken sollte ja auch in der Krise immer erlaubt sein. Eine Bundestagsabgeordnete schickte mir heute zum Frühstück, sozusagen als Ostergruß, das aktuelle Internet-Video von *KenFM*. Kennen Sie, oder? Ken Jebsen, einst als Moderator beim öffentlich-rechtlichen RBB (Radio Fritz) gefeuert, weil er sich antisemitisch geäußert haben soll, ist der Star der deutschen Verschwörungstheoretiker-Szene. Absolute Champions League, ein Profi durch und durch und absolut unterhaltsam. Natürlich waren für ihn die Terroranschläge vom 11. September 2001 ein Inside Job und Amerika ist an allem schuld, weil es Zugriff auf das Öl im Nahen Osten will und so weiter und so weiter. Sie kennen diese Geschichten, und das mit dem Öl hat nun wirklich einen wahren Kern. Obwohl Kens Reichweite sicher zehn Mal so groß ist wie meine, schaue ich selten auf sein Portal, abder dann unbedingt, wenn er eine Diskussion über die drohende und nun beginnende Wirtschaftskrise u. a. mit Dr. Markus Krall und Dr. Max Otte führt. Das ist journalistisch großartig und vom allerhöchsten Erkenntniswert. Aber mich stört Jebsens erkennbare Kritiklosigkeit gegenüber Putins Russland, und ich denke, so ein kluger journalistischer Kopf, der mächtig gegen den Westen austeilt, sollte sich – frei nach Hans Fridrichs – nicht mit einer Sache gemein machen, sondern Distanz halten, wenn er glaubhaft bleiben will. Ken Jebsen, der mal vor der Kulisse des Roten Platzes in Moskau ein Video dreht über Dutzende Morde an kremlkritischen Journalisten in Russland während Putins Amtszeit, da würde ich vor Ehrfurcht niederknien.

Im Moment ist Jebsens Thema die Einschränkung der Grundrechte in Zeiten von Corona, und das ist ernstzunehmen, wenn man es mit der Demokratie in Deutschland gut meint. Wenn Virologen die aktuellen Maßnahmen für völlig überzogen halten wie Dr. Bodo Schiffmann von der Schwindelambulanz in Sinsheim oder Dr. Wolfgang Wodarg und dann mundtot gemacht werden sollen durch Abschaltung der Verbreitungskanäle und nicht mehr Stattfinden in Staatsfunk-Talkshows, dann ist „1984“ nicht mehr weit. Ich hatte hier kürzlich dazu über Herrn Orwell geschrieben. Oder wenn ich heute lese, dass Tilman Kuban, Chef der Jungen Union in Deutschland mit immerhin 120.000 Mitgliedern, die automatische Installation der Corona-App auf allen Handys verlangt, dann bekomme ich ein wirklich mulmiges Gefühl.

Es geht um Gesundheit in diesen Wochen und um die Eindämmung eines gefährlichen Virus. Ob er so gefährlich ist, wie die Regierenden behaupten, kann ich nicht sicher beurteilen. Ich nehme sehr ernst, was Kritiker wie Schiffmann und Wodarg – noch – vortragen (dürfen). Und ich halte für abwegig, wenn KenFM – der übrigens seine beiden jüngsten Videos vor einer gleichen Bücherwand aufgezeichgnet hat wie ich meine jüngsten Videos (das kann doch kein Zufall sein…) – andeutet, die Drohnenüberwachung in Bayern oder das Versammlungsverbot sei mit 1933 zu vergleichen.

Aber es ist richtig und wichtig, dass jetzt intensiv über die Grenzen dieser staatlichen Maßnahmen gestritten wird. Endlich! Und die Kritiker, ob sie Wodarg, Schiffmann, Bahner oder Jepsen heißen, müssen jedes Recht behalten, ihre Meinung laut und auf allen Kanälen zu vertreten. Sonst ist unsere Freiheit tatsächlich in ernster Gefahr.

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Unterstützung zum Beispiel über PAYPAL hier

---

Wer „Bullen klatscht“ gehört hinter Gitter!

In einem Park im Zentrum von Darmstadt kam es am Wochenende beim „Schlossgrabenfest“, einem Open-Air-Festival, zu massiven Angriffen auf Polizeibeamte. Das war wohl nicht geplant, es waren keine „jungen Männer“, wie man gewalttäte Migranten in Medien heutzutage so nennt, es gab auch keine politischen Motive. Der einzige Grund der brutalen Ausschreitungen war die Anwesenheit der Polizei.

Wir kennen so etwas aus Ballungszentren zum Beispiel im Ruhrgebiet, aus Stadien der Dritten Liga, wir kennen es aus Hamburg und Berlin, und jetzt kennen wir es aus Darmstadt. Laut Kriminalstatistik wurden in Hessen im Jahr 2017 3.512 Polizisten Opfer von gewalttätigen Angriffen. Im Vergleich zum Jahr 2014 stieg die Zahl damit um nahezu zehn Prozent.

Und was passiert?

Gewalttätige Übergriffe auf Polizeibeamte müssen nach meiner bescheidenen Meinung immer zwingend eine Haftstrafe für den Angreifer zur Folge haben. Ausnahmslos! „Bullen klatschen“ als Ausdrucksform gelangweilter Bürgerkinder und „junger Männer“ dürfen wir nicht hinnehmen. Und das Ansehen von Polizei, Rettungssanitätern und Feuerwehr – übrigens auch unserer Soldaten – muss aufgewertet werden. Da wären großangelegte PR-Kampagnen wichtiger als die der *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung* für möglichst viel Sex mit möglichst vielen unterschiedlichen Partnern.

Holen wir uns unser Land zurück – auch wenn der Slogan von der AfD kommt, ist er nicht falsch und trifft das Thema perfekt. Wir, das sogenannte Bürgertum, habe die Entwicklung der Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft, den Respektverlust gegenüber Staat und Staatsdienern, gegenüber Justiz und

Polizei über viele Jahre tatenlos hingenommen. Es ist höchste Zeit, auch dieses Problem in Deutschland anzugehen.

Dazwischen geblitzt – über einen gemeingefährlichen Autofahrer

Heute Morgen wurde ich mal wieder geblitzt. Mein Vergehen: Ich war unterwegs auf einer zweispurigen Straße, hinter mir kein weiteres Fahrzeug zu sehen. An den Lichtern erkennbar bemerkte ich, dass mir in etwa zwei Kilometer Entfernung ein Auto entgegenkam. Sonst nichts. Außer natürlich dem Staat, der in Form eines Mittelklassewagens mit eingebautem Verkehrsmessgerät am Fahrbahnrand stand. Warum schickt mein Staat, der auch von mir finanziert und legitimiert wird, am Samstagmorgen gegen 10 Uhr jemanden zu einer fast vollkommen leeren Straße, um mich abzukassieren? Habe ich einen anderen Mitbürger gefährdet? Ein Kleinkind vielleicht oder einen anderen Autofahrer? Bin ich gerast auf einer leeren Straße mit 63 km/h? Habe ich einen Verkehrsunfall verursacht? Und warum steht da an dieser Stelle überhaupt ein 50 km/h-Schild? Ohne erkennbaren Sinn und Verstand. Die freudlose Existenz dort im Staats-Auto, die an einem grauen Samstagmorgen frieren muss, um mich inflagranti zu erwischen, kostet vermutlich mehr, als das Bußgeld, dessen Höhe ich nun demütig erwarte und selbstverständlich bezahle, damit all die Gleichstellungsbeauftragt_*Innen, Friedensforscher, Klima-Experten und antifa-Bediensteten, die sich unsere Gesellschaft leistet, ein Auskommen haben. Irgendwo muss das Geld ja herkommen.

Und wissen Sie, weil ich immer mal wieder über Parkverbotsschilder, Spielverbotsschilder, Lärmverbotsschilder und ähnliches Schreibe, weiß ich genau, wie meine Post nachher im Mail-Ordner aussehen wird. Da werden dutzende Mitbürger schreiben, dass ich ein übler Verkehrsrowdy bin, dem man statt 20 Euro 200 Euro aufdrücken oder am besten ein generelles Fahrverbot aussprechen sollte. Glauben Sie nicht? Bekomme ich jedesmal nach solchen Beiträgen. Denn Ordnung muss sein…

Liebe FDP, bitte, bitte, gebt mir irgendeinen Grund, Euch zu wählen

Die Freien Demokraten dümpeln in Umfragen zu Bundestagswahl derzeit an der Fünf-Prozent-Hürde herum. Heute hatten sie wieder zu ihrem alljährlichen Dreikönigstreffen nach Stuttgart eingeladen, und Parteichef Christian Lindner hielt eine gewohnt fulminante und kämpferische Rede. Nur leider sagte er

wenig, dass seine Partei entscheidend nach vorne bringen wird im Superwahljahr 2017.

Ich gebe ehrlich zu, ich mag die Liberalen. Jedes Gemeinwesen sollte froh sein, eine politische Kraft zu haben, die den Einzelnen in den Mittelpunkt stellt. Freiheit ist das Thema, das die politische Debatte immer dominieren sollte. Zumal in einem Deutschland, das Privatinitiative und Leistung zu erdrücken droht – und das nicht nur im wirtschaftlichen Bereich. Ein Staat, nur mal zur Erinnerung, sollte einen Gestaltungsrahmen setzen und sich sonst aus dem Leben seiner Bürger einfach heraushalten. Demokratie grundsätzlich immer wieder neu denken, Regeln und Verbote immer wieder in Frage stellen. Eine Kraft wie die FDP müsste die Allparteien-Koalition im Deutschen Bundestag frontal angreifen. Atomausstieg, Integration, Gender-Schwachsinn – alles eine Soße da. Und die FDP macht mit, wenn auch mal der oder die ein oder andere wackere Abgeordnete den Mund aufmacht. Christian Lindner, Wolfgang Kubicki, das sind im Grunde klasse Politiker, die sich manch etablierte Partei in diesem Land auch wünschen würde. Aber was machen Sie daraus? Die zentrale Botschaft, die heute von Stuttgart aus in die Republik transport wurde, war, dass man bei der Sicherheitspolitik NICHTS ändern will. Das ist mal eine Aussage, die aufmerken lässt. Unsere Idee zu dem Problem Nummer 1 derzeit in Deutschland ist NICHTS zu ändern. Das macht einen interessierten Beobachter wie mich wirklich atemlos.

Fangt doch endlich an, mit dem großen liberalen Wurf für unser Land! Traut Euch mal wieder etwas! Das hat die liberale Partei schon oft in ihrer Geschichte getan, dass sie das können, etwa beim Schwenk der deutschen Ostpolitik damals mit den Sozis. Ich persönlich habe das als Jungunionist in den 70ern bekämpft bis aufs Messer. Aber die Geschichte hat Euch recht gegeben. Unsere Gesellschaft ist durchbürokratisiert, nur noch schwer erträglich. Ein Langweiler-Staat, in dem sich kaum eine politische Kraft mal etwas traut. Warum nicht mal die FDP, die Partei, die für die freiheitliche Bürgergesellschaft steht, und das mit wirtschaftlicher Vernunft paart. Irgendetwas! Bitte!

Es muss nicht eine große Revolution geben, aber vielleicht eine kleine. Nehm Euch endlich den Moloch vor! Den Öffentlich-Rechtlichen Staatsfunk zum Beispiel. Acht Milliarden Euro werden da jedes Jahr zu großen Teilen verplempert. Und wenn in der Türkei geputscht wird und US-Sender, BBC und Russia Today schon live senden, dann wird uns per Twitter mitgeteilt, am nächsten Morgen um neun Uhr dürfe man erfahren, was in Istanbul los ist. Müssen wir mit Zwangsgebüren Unterhaltung als Grundauftrag finanzieren? Cindy aus Marzahn und die Millionengehälter von 25-jährigen Fußballspielern? Warum steht Ihr nicht mal auf und sagt diesem Irrsinn den Kampf an? In Zeiten, in denen hunderte Unterhaltungsprogramme aus aller Welt im Fernsehen und im Internet zu sehen sind. Oder sucht Euch ein anderes Projekt. Bitte gebt einem bürgerlichen Wähler wie mir irgendeinen Grund, die FDP zu wählen. Bitte!

Vergessen Sie nicht Ihren Schaumstoffring um den Kopf!

Und weiter geht's mit der Vollkasko-Republik. Ab 1. Juni tritt eine neue Verordnung in Kraft, die sich das Bundesarbeitsministerium von Andrea Nahles (SPD) ausgedacht hat. In einer „Betriebssicherheitsverordnung" wird festgelegt, dass nur noch geschultes Personal die historischen Umlaufaufzüge benutzen darf. Alle anderen bitte auf Treppe oder einen modernen Lift umsteigen! Die deutsche Politik arbeitet in Bund und Land weiter mit Hochdruck daran, uns vor uns selbst zu schützen. Sicher erinnern Sie sich noch an den „Veggie Day", der Gott sei's gedankt, bisher nicht vorgeschriebene Realität ist, aber dennoch von besonders fortschrittlichen Einrichtungen schon mal eingeführt wurde. Schließlich weiß man doch, was gut für uns ist. Wir sollen kein Fleisch essen. Oder noch besser: Gar nichts mehr vom Tier. Wir sollen auch nicht rauchen, selbst da, wo wir nur und ausschließlich unter Rauchern sind und uns treffen, um zu rauchen. Natürlich sollen wir Energie sparen, und wer im eigenen Garten ein Feuer ohne Erlaubnis anzündet, hat schnell die Polizei vor der Haustür. Apropos Garten: Wer im eigenen Garten einen Baum fällen möchte, muss vorher beim Amt fragen. Wer das nicht macht – Bußgeld. Wer das doch macht, bekommt die Anweisung, was dafür an welcher Stelle neu zu pflanzen ist. Ja, der Staat weiß, was gut für uns ist. Er sagt uns, dass wir Energie sparen müssen und auch wie oder was es andernfalls kostet. Er sagt uns, dass wir uns anschnallen müssen oder wenigstens einen Helm aufsetzen, wenn wir aus dem Haus gehen – könnte ja mal irgendwo irgendetwas runterfallen. Oder wir selbst um-, etwa mit dem Fahrrad. Und nun sagt er uns, dass wir ohne entsprechenden Führerschein nicht mehr Paternoster fahren dürfen, weil es zu gefährlich ist. Was kommt als Nächstes? Ich schlage vor: Grillen nur noch im feuerabweisenden Ganzkörper-Schutzanzug. Spielen auf dem Kinderspielplatz nur noch vorschriftsmäßig mit Schutzhelm und Schienbeinschonern. Und wer in Bürogebäuden mit viel Glas arbeitet, bitte immer einen großen Schaumstoffring um den Kopf tragen, damit sich keiner verletzt, wenn er mal gegen eine Glastür läuft. Wenigstens wollen sie uns jetzt das Kiffen erlauben….

Zur Paternoster-Groteske empfehle ich denjenigen unter Ihnen, die gern herzlich lachen, einen schönen Text aus dem Blog Ruhrbarone. Sie finden ihn hier…

Wer die Ärmel hochkrempelt, ist hierzulande der Doofe

Der Bund der Steuerzahler fragt dieser Tage zurecht: Warum erheben eigentlich Städte Gebühren, wenn Wirte vor ihren Gaststätten eine Außengastronomie betreiben, was ja ohnehin nur reglementiert möglich ist? Sie investieren, machen den Laden attraktiver und finden so mehr Kunden. Die sorgen für höhere Einnahmen, von denen der Staat ja durch Steuereinnahmen mittelbar auch profitiert. Viel wichtiger aber: viele Innenstädte in Deutschland veröden, weil die Leute zum Einkaufen lieber „auf die grüne Wiese" fahren, also an den Stadtrand, wo die Großhändler und ausreichend Parkplätze sind. Wenn also Wirte

etwas unternehmen, um wieder Menschen in die City zu locken, müssten sie eigentlich eine Belobigung vom Bürgermeister erhalten, ganz sicher aber nicht mit zusätzlichen Gebühren belastet werden. Doch ich nehme an, solches Denken ist dem Staat fremd.

Urinspritzer, ein Amtsgericht und die Folgen

Das Amtsgericht Düsseldorf hat jetzt eines der letzten Alleinstellungsmerkmale von zur Miete lebenden Männern verteidigt. Wer im Stehen uriniert und dabei Spritzer verursacht, die den Marmorboden im Badezimmer stumpf werden lassen, muss keinen Schadenersatz leisten – es sei denn, der Eigentümer hätte den Mieter vorher ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es derartige Kollateralschäden geben könnte. So, wie bei dem berühmten Fall aus den USA, wo vor Jahren ein Kunde von McDonalds zwei Millionen Dollar erstritt, weil ihn das Unternehmen nicht ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht hatte, dass heißer Kaffee unter Umständen heiß sein könnte. Doch zurück nach Düsseldorf. Ich bin noch unentschieden, ob dieses Urteil ein Beleg dafür ist, in was für einem problemfreien Land wir leben, wo sich Gerichte mit derartigen Dingen beschäftigen. Und bitte, bevor ich empörte Zuschriften bekomme, dass man ja den Hauseigentümer verstehen müsse, der ein versautes Badezimmer zurück erhält – ja, ich verstehe das und will ihm sein Recht keineswegs streitig machen. Dennoch bin ich heute beim Lesen der „Rheinischen Post“ an dieser Nachricht hängen geblieben, denn es stört mich, wenn sich Staat und Justiz auch in die intimsten Bereiche des menschlichen Daseins einschalten, wie etwa bei dem Prozess vor drei, vier Jahren, wo es darum ging, ob die Nachbarn eines Mieters beim Sex leiser sein müssten, oder ob man im Freien auf einem Balkon rauchen darf, wenn es den Mietern im Obergeschoss nicht gefällt. Alles berechtigte Anliegen, aber könnte man da nicht Lösungen finden, ohne nach dem Staat zu rufen? Ich weiß es nicht, weil ich die Details dieser Fälle nicht kenne. Nur dieses ständige Staat! Staat! Staat! macht mir Angst. Wo führt das hin? Gibt es demnächst Verordnungen und Bußgelder um die Frage, wie ein Bürger ordnungsgemäß zu urinieren hat? Kommt das Gewerbeamt mit Messgeräten, um zu überprüfen, dass Bürger nur in einem erlaubten Dezibel-Rahmen miteinander verkehren. Wird das Landes-Immissionsschutzgesetz um Vorschriften ergänzt, bei welcher Windstärke Raucher auf einem Balkon in welche Himmelsrichtung zu pusten haben? Recht muss Recht bleiben, wer sich beeinträchtigt fühlt, kann jederzeit vor ein Gericht gehen. Natürlich! Doch wir müssen uns bewusst sein, dass wir damit für den allumfassenden Staat neue Betätigungsfelder eröffnen, unser aller Leben weiter zu regulieren.

Wir brauchen die Menschen, die einfach nur ihren Job machen

Vorgestern war Elternabend der C-Jugend-Fußballer, bei denen einer unserer Söhne spielt: Vereinsheim, 20 Männer und fünf Frauen, Bier, Pommes Majo. Die Themen: Trainingszeiten, Trikotwäsche, Mannschaftskasse und Weihnachtsfeier. Herrlich! Manche Dinge ändern sich niemals.

Das normale Leben, das kleine alltägliche Glück. Die Themen, die uns oft aufregen, die Skandale und vermeintlichen Fortschritte, die uns täglich in den Medien serviert werden – das Meiste verblasst vor unserem Alltag.

Zum letzten Mal schreibe ich heute an dieser Stelle eine politisch inkorrekte Kolumne, und ich widme sie der Normalität. Ein Staat wie unserer funktioniert nur deshalb, weil es Millionen normaler Leute gibt: Menschen, die morgens zur Arbeit gehen und – wie man so sagt – einen guten Job machen. Menschen, die Kinder bekommen und sie liebevoll erziehen. Menschen, die sich engagieren, für andere da sind und helfen, wenn Not an Mann oder Frau ist. All diesen Leuten, die in Vereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, bei den Maltesern, beim Roten Kreuz oder bei den Sternsingern mitmachen, damit Deutschland ein lebenswertes Land bleibt, möchte ich für ihren Einsatz danken.

In unserer schnell gewordenen Medien-Welt kommt jeder von ihnen zu kurz. Was für die Berichterstattung zählt, ist das Ungewöhnliche, das Ausgeflippte, das Bedrohliche. Salafisten-Demo, Zugunglück, RTL-„Dschungelcamp“ – da sind Fernsehkameras dabei. Die Ordensschwester, die einsame alte Leute besucht, der Handwerker, der trotz schlechter Auftragslage Lehrlinge einstellt – sie finden nur am Rand statt, wenn überhaupt. Wahrscheinlich ist es ihnen sogar recht, denn bescheiden sind sie oftmals auch.

Diese Kolumne hat sich in gut eineinhalb Jahren vor allem an diese Menschen gerichtet, die ein normales Leben führen und nicht viel mehr wollen als ein ordentliches Auskommen, ein wenig Freiheit ohne ständige staatliche Bevormundung und eine Politik, die sich am gesunden Menschenverstand und nicht an ideologischen Wirrköpfen ausrichtet. Ich danke der Rheinischen Post, dass sie auch Platz für bisweilen politisch inkorrekte Meinungen lässt. Und ich danke Ihnen, den Lesern, die sich über meine Meinungen gefreut oder auch geärgert haben.

Der britische Verleger Cecil King sagte mal: „Ein Journalist hat nicht die Pflicht, geliebt zu werden. Aber er hat die Pflicht, gelesen zu werden.“ Gemessen an der Zahl Ihrer E-Mails und Zuschriften, hat das wohl geklappt.